

„Zehn Prozent höhere Pensionen wären unfair“

Was Seniorenvertreter fordern und Pensionsexperte Marin zur Frage der (Generationen-)Gerechtigkeit und Finanzierbarkeit sagt

Das Stichwort heißt Kaufkraft. Oder anders gesagt: Es geht um die Menge an Gütern, die mit einem bestimmten Geldbetrag (also etwa der Pension) bezahlt werden können. Damit sie trotz Inflation erhalten bleibt, werden die Pensionen jedes Jahr um einen gesetzlich festgesetzten Wert erhöht. Der Richtwert dafür steht nun fest. Wie die Statistik Austria berechnet hat, müssen die Pensionen in Österreich um mindestens 5,8 Prozent steigen. „Mindestens“, weil die Politik sich dazu entscheiden kann, die Pensionen um mehr als diesen Wert zu erhöhen.

Ob und in welcher Größenordnung sie das tun wird, muss bis Herbst entschieden werden. Laut Sozialministerium sollen bis dahin Gespräche mit den Pensionistenvertretern und der Regierung stattfinden.

Soziale Staffelung?

Die Seniorenvertreter haben ihre Forderungen bereits auf den Tisch gelegt. Eine Anpassung von zehn Prozent will der Präsident des Pensionistenverbandes Peter Kostelka (SPÖ). Die Präsidentin des ÖVP-Seniorenbundes, Ingrid Korosec, hält „plakative Forderungen im Vorfeld“ indes für nicht zielführend. Sie fordert eine Inflationsanpassung und zusätzliche Maßnahmen. Seitens der Regierung kom-



könnte nur als Almosen bezeichnet werden“, sagt FPÖ-Sozialsprecherin Dagmar Belakowitsch. Geht es nach dem pinken Sozial- und Wirtschaftssprecher Gerald Loacker soll es neben den gesetzlichen 5,8 Prozent lediglich eine Einmalzahlung für die Empfänger der kleinsten Pensionen geben. Dass die Senioren-

vertreter jedes Jahr das Gesetz infrage stellen, sei „unverantwortlich“. Ähnlich Jugendstaatssekretärin Claudia Plakolm (ÖVP), die sich neuerlich für mehr Generationengerechtigkeit ausspricht: „Ich kann nur im Namen aller Enkel und Urenkel inständig bitten, nicht jedes Jahr aufs Neue mehr auszugeben, als wir haben.“

Die Pensionen auf bis zu zehn Prozent zu erhöhen, wie von Kostelka gefordert, hält indes Bernd Marin, einer der führenden Pensionsexperten, für überzogen. „Zehn Prozent wären lebensfremd und unfair, wenn man sich das Gesamtbild anschaut. Dann wären die Pensionisten deutlich bessergestellt als die Erwerbs-

tätigen, die heuer häufig mit Reallohnseinbußen rechnen müssen“, sagt der Sozialwissenschaftler im Gespräch mit dem KURIER.

Wackeln die Pensionen?

Denkbar wäre für Marin allerdings, Pensionisten nur vorübergehend gegenüber Erwerbstätigen zu bevorzugen.

Zitiert

„Die Regierung wird ihrer Verantwortung nachkommen, insbesondere Bezieherinnen und Bezieher kleinerer Pensionen werden nicht im Stich gelassen.“

Magnus Brunner,
Finanzminister (ÖVP)

„Die Pensionisten dürfen nicht ein weiteres Jahr viel weniger bekommen, als die aktuelle Teuerung ausmacht.“

Peter Kostelka,
Pensionistenverband (SPÖ)

„Wer heute in Pension ist, der hat Anspruch auf volle Inflationsanpassung und braucht zusätzliche Maßnahmen.“

Ingrid Korosec,
Seniorenbund (ÖVP)

Dafür müsste allerdings bereits die feste Zusage der Politik kommen, dieses Ungleichgewicht im nächsten Jahr wieder auszugleichen. Längere und komplexe politische Versprechen seien aber schwer verständlich und glaubwürdig zu machen.

Dass politisch erneut für eine Erhöhung über die gesetzlich vorgesehenen 5,8 Prozent hinaus entschieden wird, hält Marin für sehr wahrscheinlich. Schon in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten seien bedürftige Ältere begünstigt worden,

Lohnverhandlungen: „Wird heuer zach“

Metaller gehen am 19. September in die erste Runde bei den Kollektivverträgen

Gehaltspoker. „Das wird heuer zach“, bringt Rainer Trefelik die Ausgangssituation der bevorstehenden Herbstlohnrunde auf den Punkt. Damit spricht der Arbeitgeber-Chefverhandler für den Handels-KV wohl auch der Gewerkschaft aus der Seele.

Noch haben die Verhandlungen gar nicht begonnen (die Metaller starten am 19. September), doch die ersten Arbeitnehmervertreter pochen bereits auf hohe Abschlüsse. So stellt sich Rainer Wimmer von der Gewerkschaft



Rainer Trefelik hofft, dass nicht zu viel gefordert wird

Pro-Ge eine „rollierende Inflation“ von sechs bis sieben Prozent als Verhandlungsbasis vor. Wimmer kämpferisch: „Wir werden ganz sicher nicht unter dieser Inflationsrate abschließen, sondern im

Gegenteil, wir werden einen Reallohnzuwachs verhandeln.“

Toxischer Mix

Wie üblich werden die Arbeitgeber bremsen. Nicht nur bei den Metallern, in allen Branchen. Argumentiert wird, dass die Inflation auch auf den Firmenbudgets schwer lastet. „Die Energiekosten sind gestiegen, mit den Indexanpassungen werden die Mieten nach oben geschraubt, der Wertverfall des Euro macht Importware teurer“, so Trefelik.

Bei einem Modehändler seien die jährlichen Stromkosten etwa von 150.000 auf 700.000 Euro gestiegen. „Damit ist das Jahresergebnis auch schon wieder weg.“ Wer jetzt nach hohen Abschlüssen in Folge der Teuerung ruft, dürfe zudem nicht ausblenden, dass es bereits Entlastungspakete gegeben hat.

Basis für die Kollektivvertragsverhandlungen sind traditionell die Inflationsrate der vergangenen zwölf Monate und der Produktivitätszuwachs.

während nicht einmal alle Durchschnittsruheständler – trotz millionenfacher Wählerstärke – die Teuerung voll abgegolten erhielten. So werde „das Versicherungsprinzip in Richtung Grundsicherung oder Volkspension ausgehöhlt“, kritisiert Marin.

Das Pensionsloch wird laut dem Experten mit 1,9 Millionen „Boomer“-Neupensionisten bis 2035 noch dramatisch größer werden. Dass die Jungen Angst haben müssten, keine Pension zu erhalten, glaubt er nicht: „Die Frage ist nicht, ob man eine Pension erhält, sondern welche reale Kaufkraft hinter dem Rechtsanspruch stehen wird.“

men diesbezüglich positive Signale.

Indirekt sprechen sich Finanzminister Magnus Brunner (ÖVP) und Sozialminister Johannes Rauch (Grüne) bei einer zusätzlichen Erhöhung für eine soziale Staffelung aus. Brunner erklärt, „jene, die besonders unter der Teuerung leiden, stärker entlasten“ zu wollen. Rauch will sich dafür einsetzen, „dass Personen, die derzeit besonders auf soziale Unterstützung angewiesen sind, sich das Leben leisten können“.

Die Opposition ist in Sachen Pensionserhöhung gegenteiliger Meinung. „Alles unter zehn Prozent wäre aus heutiger Sicht ein Hohn und